

# Öko-Steuer: Die verteuerte Verteuerung

Im zweiten Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050, das seit kurzem in der Vernehmlassung ist, will der Bundesrat eine Öko-Steuer einführen. Die vorgelegten Zahlen verkünden eine massive Verteuerung der Brenn- und Treibstoffe sowie des Stroms. Die einzig als Lenkungsabgabe gedachten Klima- und Stromabgaben addierten sich in gewissen Fällen zu Infrastrukturabgaben hinzu. Eine im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld schwer verkäufliche Summierung.

### Prinzip ohne Garantie in der Umsetzung

Der Bundesrat will in seinem Vorentwurf, der sich bis Mitte Juni in der Vernehmlassung befindet, die Ablösung des Subventions- („Förderung“) durch ein Steuersystem („Lenkung“). Die Vorlage bildet als zweites Massnahmenpaket Teil der Energiestrategie 2050, deren erstes Paket sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung befindet.

Konkret ist vorgesehen, der Bundesverfassung einen neuen Artikel 131a beizufügen, der die Rechtsgrundlage für ein Klima- und Energielenkungssystem und die Verwendung der daraus generierten Einnahmen bildete. Die Umweltsteuer basierte einerseits auf der sogenannten Klimaabgabe auf Brenn- und Treibstoffen (als Ersatz der heutigen CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brenn- und als neue Steuer auf Treibstoffen) und andererseits auf einer Stromabgabe. Diese Steuern sollen der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und dem Stromsparen dienen. Damit werden die internationalen klimapolitischen Verpflichtungen der Schweiz vereint mit der nationalen Stromversorgung nach dem Ausstieg aus der Kernenergie.

Einmal als Prinzip in der Bundesverfassung verankert, muss das Parlament via Gesetzgebungsverfahren die Umsetzung dieser Steuern bestimmen. Der erläuternde Bericht des Bundesrats begnügt sich damit, vier „exemplarische Umsetzungsmöglichkeiten“ aufzuzeigen.

Dies lässt (beinahe) sämtliche erdenklichen Türen offen... und spielt die berechnete Besorgnis herunter. Die schlichte Präsentation von Szenarien lässt beispielsweise die Frage offen, ob die Klimaabgabe auf Treibstoffen erhoben wird oder nicht.

### Massiv teurere Energie

Immerhin lassen sich von den vom Bundesrat unterbreiteten „Beispielen“ einige Zahlen ableiten: Die Stromabgabe könnte so bei ihrer Einführung 2021 2,3 und ab 2030 4,5 Rappen pro Kilowattstunde betragen. Die Abgabe auf Brennstoffen variierte ja nach Szenario zwischen 25 und 89 Rappen pro Liter. Die Treibstoffsteuer, falls sie eingeführt würde, stiege (mit der günstigen Annahme) in zehn Jahren von 1,3 auf 13 Rappen pro Liter oder (mit der teuren Annahme) von 2,6 auf 26 Rappen pro Liter.

Der Bundesrat macht geltend, dass diese Abgaben, weil sie – nach einer Übergangsfrist – rückverteilt würden, langfristig keine zusätzliche steuerliche Belastung für die Bevölkerung und die Wirtschaft bedeutete. Die genannten Zahlen allerdings lassen eine massive Verteuerung der Energie – inklusive der „sauberen“ wie Strom – erahnen.

Mit dem Versprechen, für Unternehmen, die „durch die Erhebung der Abgaben unzumutbar belastet würden“, würden Erleichterungen



Es wäre absurd, wenn eines der kleinsten Industrieländer der Welt vordreschte und seinen Wohlstand opferte, indem es Bevölkerung und Unternehmen dazu verurteilte, ihre Energie wesentlich teurer kaufen zu müssen als das Ausland.

geschaffen, versucht man, uns zu beruhigen. Solche Erleichterungen verkomplizierten allerdings nur das System und machten es ungerechter. Vor allem dann, wenn nur (grosse) energieintensive Unternehmen profitierten, und die Mehrzahl der KMU keinen Anspruch auf Erleichterungen hätte.

### Es gilt zu wählen zwischen Finanzierung und Lenkung

Das gesamte Ausmass der angekündigten Verteuerung kann nur korrekt abgeschätzt werden, wenn man sich vergegenwärtigt, dass diese rein ökologischen Abgaben zu denjenigen für Finanzierung und Ausbau der Infrastruktur dazukommen. Für die Strasse bedeutete dies beispielsweise, dass die Klimaabgabe zusätzlich zur bereits diskutierten Abgabe für den künftigen Strasseninfrastrukturfonds erhoben würde. Der Bund sollte mit offenen Karten spielen und in einer gesamtheitlichen Vision aufzeigen, was die Energie von morgen kosten wird. Aufgrund dessen, was heute bekannt ist, kann man sich allerdings bereits vorstellen, dass die Preise sehr rasch ein unhaltbares Niveau erreichen werden.

Gewiss ist weltweit mit einer allmählichen Verteuerung der Energieressourcen zu rechnen. Es wäre hingegen absurd, wenn eines der kleinsten Industrieländer der Welt vordreschte und

seinen Wohlstand opferte, indem es Bevölkerung und Unternehmen dazu verurteilte, ihre Energie wesentlich teurer kaufen zu müssen als das Ausland. Die Bevölkerung teilt diese Vorbehalte langsam aber sicher. Dies zeigt auch die wuchtige Ablehnung der Initiative Energie statt Mehrwertsteuer. Und in Schaffhausen wurde eine Abgabe von weniger als einem Rappen pro Kilowattstunde für die Förderung erneuerbarer Energien ebenfalls abgelehnt.

Angesichts dieser Situation gilt es, klar zu unterscheiden zwischen wenig beliebten, aber erklärbaren Abgaben, die für die Finanzierung von Projekten nötig sind, und reinen Lenkungsabgaben, welche die Position der Schweiz nur unnötig schwächen und bei der Schweizer Bevölkerung wenig Gnade fänden.

**(PGB/SME)**